

05.09.2017

Antrag

der Fraktion der SPD

Gebührenfreie frühkindliche Bildung für alle Kinder durch Bundesmittel: Schwarz-Gelbe Hoffnungen ruhen allein auf Martin Schulz und der SPD!

I. Ausgangslage

Bereits seit 2011 ist das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung für alle Kinder in Nordrhein-Westfalen beitragsfrei. Damit wurde ein wichtiger Zwischenschritt hin zu mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit vollzogen. Gleichzeitig wurden Familien mit kleinen Kindern dadurch finanziell entlastet. Doch nach wie vor stellen Kita-Gebühren für Eltern eine enorme finanzielle Belastung dar. In kaum einem anderen Bildungsbereich ist der Anteil der privaten Ausgaben so hoch wie in der frühkindlichen Bildung. Dabei werden hier die Grundlagen für die Zukunfts- und Teilhabechancen der Kinder gelegt. Diese Belastung trifft Familien im unteren Einkommensbereich am stärksten, bei denen der relative Anteil der Kita-Ausgaben bemessen am Einkommen höher ausfällt als in mittleren und hohen Einkommensbereichen.

Auch in Nordrhein-Westfalen sollten Familien deshalb von diesen sozial ungerechten Abgabenlasten befreit werden. Während die SPD in Nordrhein-Westfalen gewillt ist, hierfür Landesmittel in die Hand zu nehmen, verweisen die regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP bei der allgemeinen Beitragsfreiheit für alle Kita-Jahre in Nordrhein-Westfalen auf den Bund. Sollte dieser finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, die die Einführung einer Elternbeitragsfreiheit ermöglichen, würde dies von CDU und FDP ausdrücklich begrüßt und umgesetzt werden.

Hier zeigt sich eine bemerkenswerte Doppelmoral. Während sich der heutige NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann in seiner Funktion als Vorsitzender des CDU-Sozialflügels (CDA) bereits vor Monaten für bundesweit beitragsfreie Kitas aussprach, findet sich weder in den Wahlprogrammen von CDU/CSU noch der FDP dieses Ziel wieder. CDU und FDP in NRW können sich folglich sicher sein, dass ihr Ansinnen, gebührenfreie frühkindliche Bildung durch zusätzliche Bundesmittel zu ermöglichen, weder mit Angela Merkel noch mit Christian Lindner umsetzbar ist. Einzig die SPD wirbt offensiv dafür, Familien durch gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Hochschul- bzw. Meisterabschluss zu entlasten. Einzig Martin Schulz ist folglich der Hoffnungsträger für CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen, das im Koalitionsvertrag formulierte Ziel der allgemeinen Beitragsfreiheit für alle Kita-Jahre in Nordrhein-Westfalen in dieser Legislaturperiode umzusetzen.

Datum des Originals: 05.09.2017/Ausgegeben: 05.09.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

II. Der Landtag stellt fest:

- Gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Hochschul- bzw. Meisterabschluss entlastet Familien finanziell und schafft zudem einen wichtigen Beitrag für mehr Teilhabe- und Bildungsgerechtigkeit.
- Die Abschlussbilanz der SPD-geführten Landesregierung¹ sieht für das Jahr 2020 einen Haushaltsüberschuss von 2,88 Milliarden Euro vor. Die schwarz-gelbe Landesregierung ist jedoch nicht gewillt, diesen Spielraum zu nutzen und Familien durch die Abschaffung von Kita-Beiträgen finanziell zu entlasten.
- Die Landesregierung verweist mit Blick auf die allgemeine Beitragsfreiheit für alle Kita-Jahre in NRW auf Bundesmittel, die bei einer Regierungsbildung auf Bundesebene aus CDU und FDP niemals fließen werden. Dadurch wird bei Eltern eine Erwartungshaltung geweckt, die CDU und FDP überhaupt nicht erfüllen wollen.
- Die SPD und Martin Schulz stehen auf Bundes- und Landesebene eindeutig zum Ziel der gebührenfreien Bildung von der Kita bis zum Hochschul- bzw. Meisterabschluss. Wenn die Landesregierung ihren Koalitionsvertrag ernsthaft umsetzen will, muss Martin Schulz die nächste Bundesregierung anführen.

III. Beschlussfassung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich gemeinsam mit den Ländern gegenüber dem Bund für die Bereitstellung von zusätzlichen finanziellen Mitteln für gebührenfreie frühkindliche Bildung einzusetzen, Eltern somit finanziell zu entlasten und die Teilhabe- und Bildungschancen der Kinder zu erhöhen;
- die finanziellen Handlungsmöglichkeiten des Landeshaushaltes zu nutzen und dem Landtag zeitnah ein Gesetz für gebührenfreie frühkindliche Bildung in NRW vorzulegen.

Norbert Römer
Marc Herter
Regina Kopp-Herr
Dr. Dennis Maelzer

und Fraktion

¹ Siehe Vorlage 17/6 an den Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen: Aktuelle Haushaltsentwicklung vor dem Hintergrund der nach der aktuellen Steuerschätzung zu erwartenden Rekordsteuereinnahmen:
<http://landtag.portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV17-6.pdf>.